

21/22

84

Union in Deutschland

Bonn, den 28. Juni 1984

WIR HALTEN WORT

Größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik

Am 20. Juni 1984 haben die Koalitionsparteien der CDU-geführten Bundesregierung die Eckwerte für die größte Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik verabschiedet. Bundesfinanzminister Stoltenberg hat diese Steuerreform im einzelnen erläutert: „Der Umfang der Entlastung bei der Einkommen- und Lohnsteuer soll 20,2 Milliarden Mark betragen. Durch ein Gesetz wird dieses Entlastungsvolumen in zwei Schritten 1986 und 1988 erreicht.“

Im einzelnen wurden folgende Elemente beschlossen:

Bereits 1986 sollen die Kinderfreibeträge von jetzt 432,- DM auf rund 2400,- DM je Kind und Jahr aufgestockt werden. Dies bedeutet ein Entlastungsvolumen von rund 5,2 Milliarden Mark. Für diejenigen Familien, die wegen eines geringen Einkommens die Kinderfreibeträge nicht nutzen können, ist ein Kindergeldzuschlag in Höhe von 44,- DM monatlich vorgesehen.

In dieser Ausgabe lesen Sie

■ KOALITION

Diese Regierung handelt

Seite 4

■ EG-GIPFEL

Helmut Kohl in Fontainebleau:

Das Konzept von Stuttgart
war richtig

Seite 5

Abbau der Grenzkontrollen im

„Europa der Bürger“

Seite 7

■ FAMILIENPOLITIK

Heiner Geißler: Erziehungsgeld
ab 1986 für alle Mütter

Beispiele und Tabellen

Seiten 9-12

■ RENTEN

Erhöhung zum 1. Juli

entspricht der Lohnentwicklung
des Vorjahres

Seite 13

■ DOKUMENTATION

Der Essener Parteitag der SPD:
Weichenstellung

ins sicherheitspolitische

Abseits

grüner Teil

Darüber hinaus soll 1986 in einer ersten Stufe die Tarifreform in Kraft gesetzt werden. Der Grundfreibetrag wird für Ledige um 324,- DM auf 4536,- DM und für Verheiratete um 648,- DM auf 9072,- DM erhöht. Dadurch entstehen für die Steuerzahler eine Entlastung von insgesamt 2,1 Milliarden Mark. Für den Einstieg in die Tarifreform verbleiben dann noch etwa 3,7 Milliarden Mark, so daß die Steuerentlastung 1986 insgesamt 11 Milliarden Mark ausmachen wird. Eine Steuerentlastung von 11 Milliarden Mark 1986 bedeutet in der Fortschreibung für 1988 eine Entlastungswirkung von etwa 12 bis 13 Milliarden Mark.

Ab 1. Januar 1988 soll der neue Tarif mit der Gesamtentlastung in diesem Bereich von rund 15 Milliarden Mark voll in Kraft treten. Die ab 1988 wirksame Steuerentlastung soll dann vor allem den Beziehern mittlerer und höherer Einkommen zugute kommen, die unter der Steuerprogression in besonderer Weise leiden. Auch die Investitionsbereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen kann auf diese Weise gestärkt werden.

Gesamtvolumen

der Steuerreform:	20,2 Mrd. DM
davon für die Familien:	5,2 Mrd. DM
für die Tarifentlastung:	15,0 Mrd. DM

Inkrafttreten:

Januar 1986:

Erhöhung des Kinderfreibetrages,
Erhöhung des Grundfreibetrages,
Abschlag auf den neuen Tarif

Januar 1988:

Neben die Erhöhung des Kinderfreibetrages tritt die volle Anwendung des neuen Tarifs.

Die Entscheidung über die Eckwerte der Steuerreform hat deutlich gemacht, daß die Koalition der Mitte die ihr gestellten Aufgaben zügig in Angriff nimmt und nach sorgfältiger Beratung einvernehmlich Lösungen findet, die dem Gemeinwohl dienen und allen Beteiligten gerecht werden: Keine zwei Jahre nach Übernahme der Regierungsverantwortung hat die CDU-geführte Bundesregierung die größte Steuerentlastung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland in die Wege geleitet; davon hätten im Herbst 1982 selbst Optimisten nicht einmal zu träumen gewagt. Die Fortschritte der von uns eingeleiteten Sanierung der Staatsfinanzen sind so erfreulich und die Prognosen über den weiteren Verlauf der Konsolidierung so ermutigend, daß auf eine Teilfinanzierung durch die Anhebung von Verbrauchssteuern verzichtet werden konnte. Dies ist nicht selbstverständlich. Vergleicht man diese Steuerreform mit den vier Tarifkorrekturen seit 1970, so muß man feststellen, daß die größte Nettoentlastung knapp 8,2 die niedrigste 4,4 Milliarden Mark betrug. In allen vier Fällen wurde ein erheblicher Anteil der Bruttoausfälle durch Abbau von Steuervergünstigungen und Steuererhöhungen gegenfinanziert. Allein zweimal - 1977 und 1979 - haben SPD-geführte Bundesregierungen die Mehrwertsteuer um jeweils 1 Prozentpunkt erhöht.

Die solide Finanzpolitik der Bundesregierung Helmut Kohl ermöglicht es, auch ihre erfolgreiche Politik zur Gesundung der Staatsfinanzen, zur Bekämpfung der Inflation und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft konsequent fortzusetzen. Die Neuverschuldung wird weiterhin abgebaut werden. Für 1985 ist eine Nettokreditaufnahme von 24 bis 25 Milliarden Mark (statt der 32,9 Milliarden Mark in

der gültigen mittelfristigen Finanzplanung) vorgesehen. Bis 1988 soll die Nettokreditaufnahme auf 20 Milliarden Mark begrenzt werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Wer hätte es denn vor 18 Monaten für möglich gehalten, daß es da eine Regierung gibt, die es wagt und riskiert und die auch den Grund hat zu diesem Risiko, eine Steuerenkung in einer Größenordnung von knapp über 20 Milliarden Mark vorzunehmen. Das hätte nahezu niemand für möglich gehalten. Ich habe es ja auch vor der Wahl nicht zugesagt. Die Entwicklung ist so, daß wir es jetzt tun können. Wir haben zugesagt, daß diejenigen, die hart arbeiten, etwas schaffen, auch entlastet werden und nicht bestraft werden. Wir haben gesagt, wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen. Das werden wir tun. Das tritt jetzt zum 1. 1. 1986 in Kraft.“

Über die Steuerreform hinaus wird das Bundeskabinett am 3. Juli 1984 über eine neue Familienpolitik der Regierung entscheiden.

Bundesfamilienminister Geißler und Bundesfinanzminister Stoltenberg werden gemeinsam dem Kabinett vorschlagen:

1. einen Kindergeldzuschlag in Höhe von 44,- DM für die Bezieher niedriger Einkommen ab 1986 zu zahlen;

2. ab 1. 1. 1986 ein Erziehungsgeld für alle Mütter in Höhe von 600,- DM einzuführen.

3. Darüber hinaus wird angestrebt, ab 1. 1. 1985 das Kindergeld für arbeitslose Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr weiterzuzahlen.

Mit der Einführung des Erziehungsgeldes wird nun endlich das von der SPD geschaffene Zweiklassenrecht beim Mutterschaftsurlaub überwunden werden. Bisher erhielten nur Frauen das Mutterschaftsurlaubsgeld, die vorher

abhängig beschäftigt waren. Die Hausfrau, die ihre Arbeitskraft der Familie gewidmet hat, die Bäuerin, die Winzerin, die Handwerkerfrau wurden vom Mutterschaftsurlaubsgeld ebenso ausgeschlossen wie die Arbeiterin, die vor einem Jahr ein Kind bekommen hatte und bei ihm geblieben ist, statt zwischendurch wieder arbeiten zu gehen. Sie alle erhalten künftig Erziehungsgeld.

Kohl-Freunde

Helmut Kohl erfreut sich in England ungeahnter Beliebtheit. Eine Meinungsumfrage der „Sunday Times“ ergab zudem das verblüffende Ergebnis: Am populärsten ist der CDU-Vorsitzende bei den linken Labour-Anhängern, die ihn noch lieber sehen als den Sozialisten Mitterrand.

Bund erhöht seine Ausbildungsleistung

In Bonn hat die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Dorothee Wilms erklärt, daß der Bund sein Angebot an Ausbildungsplätzen um rd. 4 Prozent steigern werde. Das entspricht einer Steigerung um rund 1100 Plätze. Wenn die Wirtschaft ihr Ausbildungsangebot in vergleichbarem Umfang erhöht, können die Ausbildungsplatzprobleme dieses Jahres gelöst werden.

Der Bund stellt 1984 insgesamt 28 540 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Davon entfallen u. a. auf die Bundespost 14 870 Plätze und auf die Bundesbahn 3893; im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung werden 3730 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, auf den Bereich des Bundesministers für Forschung und Technologie entfallen 703 Ausbildungsplätze.

■ KOALITION

Diese Regierung handelt

Der Bundeskanzler hat gehandelt. Rasch, präzise, wie seit langem angekündigt, wurde der Wechsel an der Spitze des Wirtschaftsministeriums vollzogen, nachdem Otto Graf Lambsdorff seinen Rücktritt erklärt hatte. Diese Handlungsstärke Helmut Kohls konnte nur denjenigen überraschen, der inzwischen ein Opfer seiner eigenen falschen Vorstellungen über diesen Bundeskanzler und über die Bundesregierung geworden war. Bei allem Gerede über Pannen, beim millionenfachen Wiederkäuen immer derselben fadenscheinigen Argumente gegen diese Koalition der Mitte, ist viel zu wenig deutlich geworden, daß diese Bundesregierung sich nach nur 21 Monaten ihrer Amtszeit mit ihrer Arbeit sehen lassen kann.

Es kommt jetzt ganz entschieden darauf an, diese positiven Ergebnisse deutlich herauszustellen und sich nicht ablenken zu lassen durch eine vordergründige, auf Affären fixierte veröffentlichte Meinung. Die Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet, die mit einer konsequenten Konsolidierungspolitik des Bundeshaushalts eingeleitet wurden, werden in Wahrheit auch von der Opposition nicht bestritten. Und, daß es schließlich vor allem dem Europäer Helmut Kohl zu verdanken ist, daß der Gipfel von Fontainebleau zum Erfolg wurde, wird ebenfalls die gebührende Anerkennung finden. Weitere Stichpunkte für die erfolgreiche Regierungsarbeit sind:

Die Verwirklichung der Steuerreform mit der starken familienpolitischen Komponente, die Vereinbarung zwischen Geißler und Stoltenberg über die Zahlung eines Erziehungsgeldes sowie konsequente Schritte auf dem Gebiet des Umweltschutzes, vor allem die Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft.

Gemessen an dem gewaltigen Berg von Problemen, den die SPD mit Helmut Schmidt an der Spitze hinterlassen hatte, sind wir in der Bundesrepublik Deutschland ein gutes Stück auf dem richtigen Weg vorangekommen. Natürlich sind wir noch nicht über den Berg – die nach wie vor hohe Zahl von Arbeitslosen ist eine stetige Mahnung –, aber es ist an der Zeit darauf hinzuweisen, daß diese Bundesregierung tatkräftig handelt.

Nur eine Notmaßnahme

Zu der vorübergehenden Schließung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin erklärt der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner: Die vorübergehende Schließung unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin kann ich nur als eine Notmaßnahme verstehen, die zugleich die unerträgliche Zuspitzung der Lage in dem Gebäude an der Hannoverschen Straße signalisiert. Wir können diese Lage nicht hinnehmen.

■ EG-GIPFEL

Helmut Kohl in Fontainebleau: Das Konzept von Stuttgart war richtig

Vor zwei Tagen ist in Fontainebleau das zweite Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahr erfolgreich zu Ende gegangen. Ich kann das Ergebnis kurz und eindeutig zusammenfassen: Diese Zusammenkunft hat Europa einen deutlichen und entscheidenden Schritt nach vorn gebracht, stellte Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am Donnerstag, 28. 6. 1984, fest.

Der Ausgangspunkt dieser Beratungen – und das muß hier noch einmal in Erinnerung gerufen werden – war das Treffen von Stuttgart vor einem Jahr. Dort hatten wir uns – trotz gleichzeitig großer nationaler Belastungen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik – die klare Aufgabe gestellt, auch in Europa die eingetretene Stagnation zu überwinden und der Weiterentwicklung der Gemeinschaft neue Impulse zu geben.

Es ging um die wachsenden Agrarüberschüsse, die fehlende Ausgabendisziplin, das Ungleichgewicht des Gemeinschaftshaushalts einschließlich des britischen Beitragsproblems und nicht zuletzt die Bemessungsgrenze für die Eigeneinnahmen der Gemeinschaft in Verbindung mit dem Beitritt von Spanien und Portugal – um die wichtigen Punkte noch einmal zu erwähnen.

Mit der erstmaligen Verknüpfung all dieser Fragen haben wir endgültig für jedermann klargemacht, daß Europa kein Selbstbedienungsladen für bestimmte Einzelinteressenten ist, sondern ein Gemeinschaftsunternehmen, zu dem jeder seinen eigenen Beitrag leisten muß.

Heute – sechs Monate nach dem Fehlschlag von Athen und drei Monate nach dem wichtigen Teilergebnis von Brüssel – können wir feststellen, daß dieses Konzept von Stuttgart richtig war. Mit dem Erfolg von Fontainebleau hat sich erwiesen, daß unsere Strategie für einen neuen Anlauf zur Belebung der Gemeinschaft den Kern des Problems getroffen hat.

Zwei wichtige Fragen konnten in den letzten Tagen endgültig geklärt werden: Nach jahrelangen Auseinandersetzungen konnte die Frage des britischen Beitrags bzw. die Kompensation für die zu hohe Beitragsbelastung Großbritanniens in fairer Weise gelöst werden. Nicht zuletzt die deutschen Vorschläge haben geholfen, in dieser schwierigen Frage einen tragfähigen Kompromiß zu erzielen.

An zweiter Stelle ging es darum, um Verständnis für unsere agrarpolitischen Ausgleichsmaßnahmen zu werben.

Ich habe mit Nachdruck unterstrichen, daß unsere Hilfsmaßnahmen ausschließlich im Zusammenhang mit den drastischen Einkommensminderungen der deutschen Landwirte als Folge der

Brüsseler Agrarentscheidungen gesehen werden müssen. Dies ist in Fontainebleau auf positive Resonanz gestoßen, alle Partner haben hier praktische Solidarität gezeigt. Dafür bin ich dankbar, dies verdient unsere Anerkennung. Die umsichtige Wahrnehmung des Vorsizes durch den französischen Präsidenten hat auch hier einen wertvollen Beitrag geleistet.

Gerade angesichts dieser erfreulichen Bilanz von Fontainebleau möchte ich betonen, daß wir damit nicht am Ende eines Weges stehen. Ganz im Gegenteil. Wir haben die entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, neue Initiativen für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft und für die politische Gestaltung Europas auf den Weg zu bringen. Dabei haben wir nicht nur das Ziel der politischen Union Europas vor Augen, an dem wir unverändert festhalten. Es geht jetzt darum, auf allen Ebenen der Politik gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.

Dazu gehören so verschiedene Gebiete wie die sicherheitspolitische Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Integration. Gemeint ist die zügige Vollendung des europäischen Binnenmarktes ebenso wie die Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Auf der Tagesordnung stehen gemeinsame Anstrengungen für Forschung und Welt-raumtechnik und – mit besonderer Priorität – die konkrete Durchsetzung von mehr Umweltschutz in Europa.

Damit sind wir bereits bei dem, was ich das „Europa der Bürger“ nenne. Ich denke dabei an die Reduzierung und den Abbau der Kontrollen im Personengrenzverkehr. Dies wird zuerst zwischen Deutschland und Frankreich verwirklicht, entsprechende Absprachen mit den Benelux-Ländern werden folgen.

Welchen Stellenwert Francois Mitterrand und ich dieser Frage beimessen, können Sie daraus ersehen, daß wir beide am Montag persönliche Beauftragte für die zügige Umsetzung dieser klaren politischen Absicht ernannt haben. Das läßt unsere Entschiedenheit erkennen, dieses wichtige Vorhaben nicht in bürokratischer Ängstlichkeit untergehen zu lassen.

Die Prüfung derartiger neuer Aktionsfelder sowie die Erarbeitung konkreter politischer Empfehlungen für zukünftige gemeinsame Politik in Europa – dies wird die Aufgabe einer neuen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des nächsten Ratspräsidenten – des irischen Ministerpräsidenten Fitzgerald – sein.

Ich gehe davon aus, daß dieser Auftrag von Fontainebleau zu ähnlich zukunftsweisenden Vorschlägen führen wird, wie dies in den Gründerjahren der Gemeinschaft dem sogenannten Spaak-Komitee gelungen ist.

Die Fülle der Einzelthemen darf allerdings nicht den Blick für die Zielrichtung verstellen. Es geht um neue Perspektiven für die Politik der Gemeinschaft – und zwar auf allen denkbaren Ebenen. Wichtig ist, daß dabei nicht Wirklichkeitsferne Gedankengebäude entstehen, sondern pragmatische Ansätze, die die Gemeinschaft so weiterbringen, daß Europa für den Bürger eine persönlich erfahrbare Wirklichkeit wird. Nur dann können auch Interesse und Engagement für Europa wachsen.

Eine letzte Bemerkung: Die Weiterentwicklung der Gemeinschaft ist ausgerichtet auf die Gesamtheit aller 10 und demnächst 12 Mitgliedstaaten. Dies schließt aber nicht aus, daß sich einzelne Partner bei einzelnen Punkten nicht gleich beteiligen wollen, daß sie aus bestimmten Gründen nicht in jedem Fall sofort mitmachen können. Das kann

Abbau der Grenzkontrollen im „Europa der Bürger“

Die Staats- und Regierungschefs der Euroäischen Gemeinschaft (EG) haben ein Sondergremium eingesetzt, das unverzüglich für einen Abbau der Grenzen innerhalb Europas sorgen und das „Europa der Bürger“ ausbauen soll. Danach ist vorgesehen:

- Die Grenzformalitäten nach dem deutsch-französischen und dem Muster der Benelux-Länder abzubauen und an den inneren EG-Grenzen nur noch gemeinsame Kontrollpunkte zu benutzen,
- einheitliche europäische Dokumente für den grenzüberschreitenden Güterverkehr einzuführen,
- den europäischen Paß so schnell wie möglich zu verwirklichen,
- Diplome und Niederlassungsrechte für Freiberufler in der EG zu vereinheitlichen,
- die bereits existierende Flagge und Hymne Europas sowie Hoheits-Abzeichen und Feiertage zu legalisieren und

- den Austausch- und Patenschaftsprogramme zu fördern.

Die Kontakte in der Gemeinschaft sollen auch durch ein europäisches Radio- und Fernsehwesen gefördert werden.

Die EG-Länder in der Gemeinschaft sollen auch durch ein europäisches Radio- und Fernsehwesen gefördert werden.

Die EG-Länder sollen ferner ihre gemeinsame Geschichte schreiben.

Zusätzlich setzten Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterrand persönliche Beauftragte zur Vervollkommnung des von beiden zum 1. Juli beabsichtigten Abbaus der Grenzformalitäten an den deutsch-französischen Grenzen ein. Sie reagierten damit nach Angaben aus deutschen Delegationskreisen auf eine „gewaltige Opposition“ gegen den Grenzabbau. Man könne sich nur wundern, wie die deutsche und die französische Bürokratie „sich beim Widerstand gegenseitig verschränken“.

nicht bedeuten, daß die Gemeinschaft damit aufhört, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Im Gegenteil. Diejenigen Partner, die weitergehen wollen, müssen dies im Interesse der Gemeinschaft tun. Aber das bedeutet auch, daß damit kein neues Zwei-Klassen-System entsteht. Jeder Partner kann sich jederzeit an jeder Initiative beteiligen. Die Entwicklung bleibt offen, es gibt keine

Privilegien. Nur so kann die notwendige Dynamik erhalten werden, die wir für die Gestaltung der Zukunft Europas so dringend brauchen.

Für heute gilt: Daß es diese Perspektive für gemeinsame zukünftige Politik in Europa wieder gibt, dies ist das herausragende und ermutigende Ergebnis von Fontainebleau.

Überlegungen des RCDS zur Ausbildungsförderung für Studenten

Nach intensiven Beratungen hat die 37. a. o. Bundesdelegiertenversammlung des RCDS den innerverbandlichen Meinungsbildungsprozeß zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes abgeschlossen. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) formuliert auf 12 Seiten seine Vorschläge zur Verbesserung des Hochschulrahmengesetzes und stellt u. a. fest:

Die Ausbildungsförderung für Studenten entspricht nicht in allen Punkten den Vorstellungen des RCDS. Der Elternfreibetrag sei um 100,- DM zu erhöhen, ein Mischsystem von Stipendium und Darlehen sei einzuführen, wenn sich herausstellen sollte, daß gerade Kinder aus sozial schwächsten Familien durch den sich vor ihnen aufbauenden Berg der Darlehenssumme von der Aufnahme des Studiums abgeschreckt werden.

Der RCDS sieht die Notwendigkeit einer Leistungsförderung, stellt jedoch fest, daß Ausbildungsförderung ein Sozialgesetz sei und ferner, daß der Darlehens-teilerlaß für 30 Prozent der Jahrgangsbesten gänzlich ungeeignet sei. Für Eltern und Unterhaltspflichtige, deren Einkommen über der Bemessungsgrundlage der BAföG-Empfänger liegt, müssen Steuererleichterungen durch Freibeträge in Höhe des anerkannten Bedarfssatzes für Studenten ermöglicht werden.

Kritisch setzt sich der RCDS mit dem Gesetzentwurf des Gesundheitsministeriums zur 5. Approbationsordnungsänderungsnovelle auseinander. Der RCDS ist der Überzeugung, daß der vorgelegte Gesetzentwurf keine Lösung darstellt.

Dregger empfing afghanische Widerstandskämpfer

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat in Bonn zwei führende Mitglieder der afghanischen Widerstandsbewegung empfangen. Dregger verurteilte dabei den seit vier Jahren andauernden Krieg der Sowjetunion gegen das Volk von Afghanistan als Verstoß gegen geltende Normen des Völkerrechts und als schweren Schlag gegen die Politik der Blockfreiheit. Ein Ende des Krieges mit den damit verbundenen schweren Menschen- und Blutopfern sei nur möglich, wenn die sowjetischen Truppen das Land verlassen. Dregger appellierte an die sowjetische Führung, sich dem Verlangen der überwältigenden Mehrheit der Staatengemeinschaft nicht länger zu widersetzen, die Truppen abziehen und zu einer dauerhaften Lösung den Verhandlungsweg zu beschreiten. Die Wiederherstellung der Selbstbestimmung des afghanischen Volkes wäre ein wesentlicher Beitrag zur internationalen Entspannung und zur Aufrechterhaltung des Friedens.

BdV-Spitze gewählt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Sprecher der Oberschlesier, Herbert Czaja, ist am 24. Juni in Bonn von der Bundesversammlung erneut zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen gewählt worden. Czaja, der dieses Amt seit 1970 innehat, erhielt 82 der insgesamt abgegebenen 105 Stimmen.

Zu seinem Vizepräsidenten wählte der BdV Helmut Sauer (Salzgitter) MdB, Odo Ratza, Rudolf Wollner, Dr. Schebesch, Dr. Herbert Hupka, MdB, und Eberhard von Claer. Zu Präsidialmitgliedern wurden gewählt Dr. Günter Reichert, Wilhelm Hoffmann, Helmut Haun, Hans Günter Parplies und Anni Baier.

■ FAMILIENPOLITIK

Heiner Geißler: Erziehungsgeld ab 1986 für alle Mütter

Ab 1.1. 1986 wird es in der Bundesrepublik Deutschland erstmalig ein Erziehungsgeld geben. Das Erziehungsgeld ist eine Hilfe für die junge Familie. Es ermöglicht, daß Mutter oder Vater, wenn sie möchten, die Chance haben, ihr Kind im ersten Lebensjahr zu begleiten, ihr Kind persönlich betreuen zu können.

Und für das Kind: Es kann in der ihm vertrauten Umgebung bleiben, es hat in Vater oder Mutter auch tagsüber eine feste Bezugsperson. Wir wissen, daß die meisten Mütter und Väter, die sich das Kind gewünscht haben, auch wünschen, es selbst zu behüten, ihm die Zuwendung und Geborgenheit selbst zu geben, die es – auch nach Meinung führender Psychologen und Kinderärzte – gerade im ersten Lebensjahr besonders braucht, wenn es nicht zu Schaden kommen soll.

Das Erziehungsgeld schafft Wahlfreiheit für Mann und Frau. Der Vater oder die Mutter des Kindes kann während des ersten Lebensjahres beim Kind zu Hause bleiben, ohne dadurch in eine unzumutbare wirtschaftliche Situation zu kommen. Vor allem junge Familien gerieten bisher in eine schwierige Lage, wenn ein Elternteil nach der Geburt des ersten Kindes sich entschied, beim Kind zu bleiben. Vorher hatten sie zwei Einkommen. Dann fällt ein Einkommen weg. Die Miete bleibt. Und sie haben zu dritt bei

höheren Kosten nur die Hälfte des Geldes, über das sie vorher zu zweit verfügten. Das Erziehungsgeld hilft gerade den jungen Familien, diesen Einkommensverlust – man spricht vom „Erstkind-schock“ – auszugleichen oder zu mildern.

Es ist nicht nur humaner, sondern auch ökonomisch vernünftiger, daß Vater oder Mutter ihr Kind selbst erziehen, statt daß ohne Erziehungsgeld Vater und Mutter aus wirtschaftlichen Gründen beide arbeiten gehen müssen, obwohl einer von ihnen lieber beim Kind bleiben würde. Nicht nur, daß die Betreuung des Kindes in gesellschaftlichen Einrichtungen mit hohen Kosten verbunden ist.

Viel wichtiger erscheint, daß psychische oder physische Folgeschäden (Deprivationsschäden), die bei Kleinkindern durch das Fehlen einer festen Bezugsperson entstehen können, später in gesellschaftlichen Einrichtungen – vom Kinderheim über die Sonderschule zu anderen teuren Einrichtungen – wieder repariert werden müssen, ohne daß es dafür eine Erfolgsgarantie gibt. Dies hat sich für das betroffene Kind nicht nur als inhuman, sondern auch als ökonomisch unsinnig erwiesen. So ist das Erziehungsgeld ein Beispiel dafür, daß Humanität und Ökonomie nicht Gegensätze sein müssen, sondern auf einen Nenner gebracht werden können.

Die Inanspruchnahme des Erziehungsgeldes „erfordert nicht unbedingt und in jedem Falle, daß der betreffende Elternteil den Kontakt zur Arbeits- und Berufs-

welt völlig aufgibt. Die Aufrechterhaltung dieses Kontakts kann sogar zur Ausgeglichenheit des Elternteils beitragen und damit dem Wohl des Kindes dienen. Die Beibehaltung einer beruflichen Beschäftigung in engen Grenzen erleichtert überdies die spätere Rückkehr in das Berufsleben und kann damit dem Entschluß, sich in den für die Entwicklung des Kindes besonders wichtigen Jahren mit Vorrang dessen Pflege und Erziehung zu widmen, erleichtern. Eine Berufstätigkeit darf jedoch nicht die Pflege und Erziehung des Kindes beeinträchtigen.“ So stand es in dem vor 10 Jahren eingebrachten Entwurf der CDU/CSU-Fraktion für ein Bundeserziehungsgeldgesetz. Dies gilt auch 1986. Eine Teilzeitbeschäftigung soll bis zu vier Stunden täglich oder bis zu einem monatlichen Einkommen von 390,- DM ohne Abstriche am Erziehungsgeld möglich sein.

Für Väter oder Mütter, die zur Betreuung ihres Kindes die Erwerbstätigkeit unterbrechen, muß die Garantie des Arbeitsplatzes erhalten bleiben. Ich setze mich dafür ein, daß die bisherige Regelung nicht nur in vollem Umfang aufrechterhalten bleibt, sondern auf die gesamte Zeit des Erziehungsgeldbezuges erweitert wird.

Mit der Einführung des Erziehungsgeldes wird nun endlich das von der SPD geschaffene Zweitklassenrecht beim Mutterschaftsurlaubsgeld überwunden werden. Bisher erhielten nur Frauen das Mutterschaftsurlaubsgeld, die vorher abhängig beschäftigt waren. Die Hausfrau, die ihre Arbeitskraft der Familie gewidmet hat, die Bäuerin, die Winzerin, die Handwerkerfrau wurden vom Mutterschaftsurlaubsgeld ebenso ausgeschlossen wie die Arbeiterin, die vor einem Jahr ein Kind bekommen

hatte und bei ihm geblieben ist, und nun ein zweites Kind bekommt. Sie alle erhalten künftig Erziehungsgeld.

Das Erziehungsgeld wird in den ersten sechs Monaten unabhängig von der Höhe des Einkommens, danach einkommensabhängig gezahlt. Für Familien mit hohem Einkommen ist die Wahlfreiheit zwischen Betreuung des Kindes und der Weiterbildung im Beruf nicht in gleicher Weise vom Erziehungsgeld abhängig wie für die Frau des Facharbeiters. Bis zu einer Einkommensgrenze, die beim ersten Kind etwa bei brutto 3300,- DM, beim zweiten Kind etwa bei 3900,- DM und beim dritten Kind etwa bei 4400,- DM brutto anzusetzen ist, wird das Erziehungsgeld auch ab dem siebten Monat in voller Höhe gezahlt. Es vermindert sich mit steigendem Einkommen (je 100,- DM zusätzliches Einkommen um 50,- DM) und läuft beim ersten Kind bei etwa 5100,- DM brutto, beim zweiten Kind bei 5600,- DM und beim dritten Kind bei etwa 6200,- DM brutto aus. Das bedeutet, daß etwa 40 Prozent der jungen Eltern das volle Erziehungsgeld und die restlichen 20 Prozent kein Erziehungsgeld erhalten werden.

Das Erziehungsgeld soll ebenso wie das Kindergeld von der Bundesanstalt für Arbeit ausgezahlt werden. Das erleichtert auch die Feststellung des Einkommens, das ja ab dem zweiten Kind bereits für das Kindergeld geprüft wird. Deshalb werden die Verwaltungskosten gering sein. Es ist überschlägig mit einer Größenordnung von 15 Millionen DM pro Jahr zu rechnen. Das ist im Verhältnis zum Gesamtaufwand von rd. 2,5 Milliarden DM und rd. 600 000 Geburten ein außerordentlich niedriger Betrag. Maßgebend soll das zwei Jahre zurückliegende Einkommen des Ehepartners (der im Beruf bleibt) sein. Dieses Einkommen ist leicht aus dem Einkommensteuerbe-

scheid bzw. aus dem Bescheid für den Lohnsteuerjahresausgleich abzulesen. Vermindert sich jedoch das Einkommen im Bezugsjahr, so gilt selbstverständlich das niedrigere Einkommen. Eine entsprechende Regelung haben wir bereits im Bundeskindergeldgesetz. Bei der alleinerziehenden Mutter bleibt selbstverständlich das frühere Einkommen unberücksichtigt, und sie erhält immer Erziehungsgeld, wenn sie nicht über andere Einkünfte verfügt.

Das Erziehungsgeld ist ein Baustein der neuen Familienpolitik, zu der darüber hinaus die steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern in Höhe von 5,2 Mrd. DM der Kindergeldzuschlag für 700 000 Familien mit niedrigem Einkommen und die Wiedereinführung des zum 1. 1. 1982 abgeschafften Kindergeldes für junge Arbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildungsplatz gehören. Das alles bedeutet zusammen rd. 8 Mrd. DM mehr für die Familien.

Die Kinderfreibeträge im Steuerrecht werden von gegenwärtig 432,- DM auf 2400,- DM je Kind erhöht. 2400,- DM Steuerfreibetrag entspricht bei einem Steuersatz von 22 Prozent, der für ein Ehepaar bis zu einem Jahreseinkommen von 36 000,- DM gilt, einer monatlichen Steuerentlastung von 44,- DM pro Monat und Kind. Das bedeutet, daß die Entlastung der Familie für das erste Kind künftig fast doppelt so hoch ist wie durch das Kindergeld von 50,- DM.

Zur neuen Familienpolitik der Bundesregierung gehört, daß erstmals neben Steuerentlastung und Kindergeld ein Kindergeldzuschlag für diejenigen eingeführt wird, die wegen ihres niedrigen Einkommens vom Steuerfreibetrag nichts oder wenig

haben. Der Kindergeldzuschlag wird für diejenigen, bei denen sich der Kinderfreibetrag nicht auswirkt, in Höhe von 44,- DM gezahlt. Wer durch den Steuerfreibetrag eine niedrigere Entlastung als 44,- DM pro Monat und Kind hat, erhält den Kindergeldzuschlag in Höhe des Differenzbetrages.

Die Bundesanstalt für Arbeit kann anhand der Angaben über Art und Höhe des Einkommens im vorletzten Jahr leicht feststellen, ob sich der Kinderfreibetrag auswirkt oder ob ein Kindergeldzuschlag zu zahlen ist. Kindergeldzuschlag wird z. B. ein Arbeitsloser, ein Studentenehepaar, ein Frührentner erhalten. Auch hier werden die Verwaltungskosten niedrig sein – nach Schätzung der Bundesanstalt für Arbeit 15 bis 20 Mio. DM bei einer Gesamtsumme der Kindergeldzuschläge von 650 Mio. DM.

Wie wirkt sich nun der Familienlastenausgleich nach der Neuordnung auf die Haushaltskasse der Familie aus? Wieviel betragen Steuerentlastung oder Kindergeldzuschlag jeweils zusammen?

Ich will das an der Familie mit drei Kindern darstellen:

Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 35 000,- DM beträgt die Entlastung (370,- DM Kindergeld + 132,- DM Steuermäßigung =) 502,- DM im Monat. Ein Arbeitsloser oder Rentner kommt durch den Kindergeldzuschlag auf den gleichen Monatsbetrag von 502,- DM. Der höhere Angestellte mit einem Jahreseinkommen von 75 000,- DM wird künftig in Höhe von (370,- DM Kindergeld + 228,- DM Steuerentlastung =) 598,- DM pro Monat entlastet. Ungefähr den gleichen Betrag erhält der Spitzenverdiener mit 280 000,- DM Jahreseinkommen, nämlich (260,- DM Kindergeld + 336,- DM Steuerentlastung =)

Beispiele für die Wirkung von Kindergeld und Freibeträgen nach der Neuordnung des Familienlastenausgleichs 1986

Jahres- einkommen der Familie	Ehepaar mit			
	1 Kind	2 Kindern	3 Kindern	4 Kindern
15 000 DM	94 KG —	238 KG —	502 KG —	786 KG —
	94	238	502	786
35 000 DM	50 KG 44 StE	150 KG 88 StE	370 KG 132 StE	610 KG 176 StE
	94	238	502	786
75 000 DM	50 KG 76 StE	120 KG 152 StE	370 KG 228 StE	610 KG 304 StE
	126	272	598	914
280 000 DM	50 KG 112 StE	120 KG 224 StE	260 KG 336 StE	400 KG 448 StE
	162	344	596	848

KG Kindergeld

StE Wirkung der steuerlichen Entlastung

596,- DM monatlich. Hier wirkt sich die Minderung des Kindergeldes für die Bezieher hoher Einkommen aus. Wie die Beispiele zeigen, ist die Neuordnung des Familienlastenausgleichs insgesamt sozial ausgewogen.

Für die finanzielle Gesamtsituation der jungen Familie ist neben diesen Entlastungsbeträgen das Erziehungsgeld von 600,- DM zu berücksichtigen.

Außerdem werden ab 1. 1. 1985 die Alleinerziehenden steuerlich entlastet. Sie können nachgewiesene Aufwendungen bis zur Höhe von 4000,- DM für das erste Kind und 2000,- DM für jedes weitere Kind als außergewöhnliche Belastung steuermindernd geltend machen.

Das geltende Kindergeldrecht benachteiligt seit dem 1. 1. 1982 junge Menschen, die arbeitslos sind oder keinen Ausbildungsplatz haben, und ihre Eltern. Für sie wird seitdem, wenn sie volljährig sind, in aller Regel kein Kindergeld gezahlt. Als Akt der Wiedergutmachung wird diese unzumutbare Härte bereits mit Wirkung vom 1. 1. 1985 beseitigt. Für 80 000 junge Menschen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren, die arbeitslos sind oder keinen Ausbildungsplatz haben, wird ab 1985 wieder Kindergeld gezahlt. Kostenvolumen: rund 100 Mio. DM. Nach Artikel 6 des Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Mit ihrer neuen Familienpolitik entspricht die Bundesregierung diesem Auftrag.

■ RENTEN

Erhöhung zum 1. Juli entspricht der Lohnentwicklung des Vorjahres

Für die 14,6 Millionen Rentner ist die Verabschiedung des Renten-anpassungsgesetzes eine gute Nachricht: Zum 1. Juli 1984 werden die Renten um 3,4 Prozent angehoben. Gleichzeitig werden die Rentner mit weiteren 2 Prozentpunkten an den Kosten ihrer Krankenversicherung beteiligt; somit verbleibt eine effektive Rentenerhöhung um 1,3 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt 1984 steigen die Renten um 2,9 Prozent. Das ist der Durchschnittswert aus den beiden Anpassungen der Jahre 1983 und 1984 nach Abzug der Beteiligung an den Kosten der Krankenversicherung der Rentner. Im ersten Halbjahr 1984 wirkt sich nämlich noch die zum 1. Juli 1983 vorgenommene Erhöhung um 5,6 Prozent aus.

Nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages von einem Prozent sind den Rentnern folglich 4,6 Prozent verblieben. Zusammen mit dem Erhöhungsbetrag 1984 von 1,3 Prozent ergibt sich ein effektiver Anstieg von durchschnittlich 2,9 Prozent.

Das ist nicht üppig. Aber die Renten können nicht schneller steigen als die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer.

Um den gleichen Prozentsatz werden auch die Renten für Kriegs- und Wehrdienstopfer, für Impfgeschädigte, für Opfer von Gewalttaten und andere gleichgestellte Personengruppen im Jahresdurchschnitt 1984 steigen.

Zum ersten Mal werden in diesem Jahr die Renten entsprechend der Lohnentwicklung des Vorjahres erhöht. Bisher umfaßte die Bemessungsgrundlage jeweils die drei vorausgegangenen Jahre.

Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung

Bereits im vergangenen Jahr wurden die Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung beteiligt. Diese Beteiligung wird auch in diesem und im kommenden Jahr fortgeschrieben. Sie ist ein spürbarer Beitrag zur Konsolidierung der Rentenfinanzen. In die Wege geleitet wurde diese Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung bereits im Jahre 1978 durch das 21. Renten-anpassungsgesetz.

Dynamisierungsverbund

Mit dem Renten-anpassungsgesetz 1984 wird der sogenannte Dynamisierungsverbund weiter ausgedehnt. Während bisher nur die Altershilfe für Landwirte und die Kriegsopferversorgung in das Anpassungsverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen waren, werden in diesem Jahr erstmals auch die Rentner der gesetzlichen Unfallversicherung in diese Anpassung einbezogen.

Diese parallele Entwicklung der Rentenleistungen ist ebenso wichtig wie die gleichgewichtige Entwicklung von Renten und verfügbarem Arbeitnehmereinkommen. Damit bleibt das System sozia-

ler Sicherung auch langfristig finanzierbar, anpassungsfähig und überzeugend. Diese Harmonisierung ist jedoch keine Gleichmacherei: Die Eigenständigkeit der Versicherungsträger wird voll gewahrt. Denn wir wollen ein gegliedertes System und keine staatliche Einheitsversicherung, wir wollen Vielfalt statt Einfalt.

Liquiditätsentwicklung

Die Erhöhung der Renten ist solide finanzierbar. Die Liquiditätslage der Rentenversicherung stellt sich in diesem Jahr günstiger dar, als im Rentenanpassungsbericht 1983 ursprünglich angenommen worden war. Zum Jahresende 1983 war die Schwankungsreserve um 1,1 Milliarden Mark höher, als im Rentenanpassungsbericht geschätzt. Diese positive Entwicklung geht im wesentlichen auf erhöhte Beitragseinnahmen zurück.

Auch nach der vorgesehenen Rentenerhöhung werden die Rentenversicherungsträger in diesem Jahr über die gesetzlich vorgeschriebene Mindestliquidität verfügen.

Eine Unsicherheit muß allerdings noch bedacht werden: das Ausmaß von Streik und Aussperrung. Streik und Aussperrung haben Auswirkungen auch auf die Finanzlage der Rentenversicherung. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Wenn eine Million Arbeitnehmer – dies wäre nicht einmal ein Viertel der Arbeitnehmer im Metallbereich – einen Monat lang streiken oder ausgesperrt werden, so bringt dies allein für die Rentenversicherung einen Beitragsausfall von über einer halben Milliarde Mark.

Unsere älteren Mitbürger haben sich durch Arbeit und Beitragszahlungen den Anspruch auf eine sichere Rente teuer verdient. Die Jüngeren stehen in der

Pflicht zur Solidarität mit den Alten; sonst verwirken sie ihr Recht, in ihrem Alter von den dann Jüngeren genauso gut mitversorgt zu werden, wie sie jetzt für die Älteren sorgen. Rentenpolitik ist Geben und Nehmen der Generationen. Rentenpolitik ist praktische Solidarität.

Hilfe für die Bauern

Die agrarpolitische Lage ist nach den Worten von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle „noch nicht dazu angetan, in übertriebenen Zukunftsoptimismus zu verfallen“. Bei der Generalversammlung der Raiffeisen-Waren-Zentrale Rheinland wies der CSU-Politiker darauf hin, daß das Fundament für eine neue Agrarpolitik gelegt werden mußte. Die Bundesregierung habe die Härten, die angesichts der europapolitischen Entscheidungen für die deutsche Landwirtschaft aufgetreten wären, durch nationale Maßnahmen ausgeglichen. An die Wirtschaft appellierte der Minister, die Probleme im eigenen Interesse und im Interesse der Landwirte durch Energie, Einfallsreichtum und Innovation möglichst gering zu halten.

Das Echo auf die von der Bundesregierung vorgeschlagene „Milchrente“ war nach Kiechles Worten „zunächst überwältigend“, inzwischen sei eine Art abratende Gegenbewegung zu beobachten. Dennoch gehe er davon aus, daß das angestrebte Ziel des Verzichts auf eine Million Tonnen Milchproduktion ohne Probleme erreicht wird. Nach ersten überschlägigen Kalkulationen zeige sich, daß am 15. Juni bereits knapp zwei Drittel der anvisierten Gesamtmenge erreicht wurden. Überwiegend bemühten sich kleine Betriebe um die Rente. Nach den bisherigen Auswertungen handle es sich um durchschnittlich 46 000 Kilogramm je Betrieb. Das entspreche etwa zehn Kühen.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Kanzlermedaille



Abbildung der Vorder- und Rückseite leicht vergrößert

Zur Ehrung von Jubilaren, als Dank an verdiente Mitglieder und als repräsentatives Geschenk der CDU-Verbände für viele denkbare Anlässe gibt es nun eine Bronze-medaille mit den Portraits der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Mit dieser Bronzearbeit, die auch in Feinsilber aufgelegt wird, wird einem oft geäußerten Wunsch der Parteigliederungen nach einer preiswerten Geschenk- und Auszeichnungsmünze entsprochen.

Die Kanzlermedaille in Bronze ist geprägt aus 3 mm starkem Messingrohling, handpatiniert und anlaufgeschützt. Ihr Durchmesser beträgt 50 mm, das Gewicht ca. 43 Gramm.

In dem repräsentativen blauen Etui mit

paßgenauer Einlage für die Medaille ist im Deckelkissen der Text „Als Dank und Anerkennung Ihre CDU“ eingedruckt. Dieser Satz läßt somit eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten zu.

Der Einzelpreis beträgt 19,80 DM (einschließlich Etui und 14 Prozent Mehrwertsteuer) zuzüglich Versandkosten (bei Einzelversand 3,50 DM). Rabatte für größere Stückzahlen können bei der nachstehenden Bestelladresse angefragt werden.

Die Bestellungen können direkt aufgegeben werden bei

Bonner Werbe-GmbH
Abteilung Vertrieb
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Telefon (0228) 544-229

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 3. 7. *Junge Union Niedersachsen Landesvorstand, Hannover*
- 1./ OMV-Bund
- 4. 8. *Deutschlandpolitisches Bildungsseminar, Wesseling/Eichholz*
- 13. 8. *Wirtschaftsrat Rheinland Landesvorstand, Köln*
- 16. 8. *Junge Union Rheinland Landesvorstand Leverkusen*
- 17. 8. *LV Westfalen-Lippe Geschäftsführender Landesvorstand und Landesvorstand, Hamm*
- 17. 8. *CDU Rheinland Geschäftsführender Landesvorstand und Landesvorstand, Köln*
- 18. 8. *LV Westfalen-Lippe 41. Landesparteitag, Hamm*
- 23. 8. *KPV Schleswig-Holstein Landesvorstand, Kiel*
- 27. 8. *CDU Präsidium – Sitzung, Bonn*
- 27. 8. *CDU Bundesvorstand – Sitzung, Bonn*
- 31. 8. *CDA Westfalen-Lippe Landesvorstand, Dortmund*
- 1. 9. *Wirtschaftsrat Rheinland Wirtschaftspolitisches Forum, Essen*
- 1. 9. *OMV Bund – Regionales Seminar: Deutschlandpolitik, Hamburg*
- 1. 9. *KPV Nordrhein-Westfalen Landesforum Kommunalwahl 1984, Ahlen/Westf.*
- 3. 9. *LV Bremen – Landesvorstand, Bremen*
- 5. 9. *CDU Bund – Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn*
- 6. 9. *Junge Union Rheinland Landesvorstand, Leverkusen*
- 7. 9. *CDU Rheinland Geschäftsführender Landesvorstand und Landesvorstand, Neuss*
- 8. 9. *LV Rheinland 39. Landesparteitag, Neuss*
- 10. 9. *CDU Präsidium – Sitzung, Berlin*
- 10. 9. *CDU/CSU-Bundestags-Fraktion Sitzung, Berlin*
- 10./ CDA Bund – Sozialsekretärskonferenz,
- 11. 9. *Königswinter*
- 12. 9. *KPV Bund Grundsatzkommission, Bonn*
- 13. 9. *KPV Bund – Bundesvorstand und Hauptausschuß, Bonn*
- 13. 9. *Junge Union Niedersachsen Landesvorstand, Bonn*
- 14. 9. *Frauenvereinigung Hessen Landesvorstand, Gießen*
- 15. 9. *Junge Union Niedersachsen Niedersachsenrat und Kreissprecher-tagung, Hannover*
- 17. 9. *CDU Bundesvorstand – Sitzung, Bonn*

Union in Deutschland – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
 Abonnementpreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD